Referat über Sinn und Wert von Gedenkstätten – Kein Ge-Denk-Zellen-Gegner vor Ort

Erinnerungskultur und Grundwerte

Monika Salzmann

Lüdenscheid. „Mahn- und Gedenkstätten, so auch die Ge-Denk-Zellen im Alten Rathaus, sind nicht nur real fassbare Objekte bzw. Orte lebendig gewordener Geschichte, sie fördern auch das Gemeinwohl durch eine sehr konkret werdende Stärkung des demokratischen und friedlichen Miteinanders der in diesem Land lebenden Menschen, über trennende Kulturkreise und Sprachhürden hinweg."

Erinnerungskultur in der Demokratie

Auf Einladung des Vereins Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus referierte Dr. Guido Hitze von der Landeszentrale für politische Bildung in dieser Woche im Gemeindezentrum der Erlöserkirche über den Sinn und Wert von Gedenkstätten.

„Erinnerungskultur in der Demokratie – Grundwerte und Menschenrechte als Leitbild der Gedenkstättenarbeit" war sein fundierter Vortrag, zu dem Matthias Wagner im Namen des Vereins eine diskussionsfreudige Runde – durchweg Befürworter der Ge-Denk-Zellen im Alten Rathaus – begrüßte. Otto Bodenheimer (stellvertretender Bürgermeister der Stadt) bedauerte, dass von den Gegnern des Vorhabens keiner anwesend war, um seine Bedenken zu äußern und den eigenen Standpunkt zu überdenken.

Als Beitrag zur qualifizierten Entscheidungshilfe war der Vortrag des Referatsleiters Gedenkstättenförderung und Erinnerungskultur im Gemeindezentrum gedacht. „Der offene Umgang mit der Vergangenheit Deutschlands gehört mittlerweile zum Grundkonsens aller die Demokratie tragenden Kräfte und Parteien", führte Hitze aus. Gedenkstätten als Orte der Bewahrung NS-bezogener Erinnerung würden breiter als je zuvor gesellschaftlich akzeptiert.

Herausforderungen an die Erinnerungskultur heute – u. a. die wachsende Inhomogenität der Zielgruppen vor allem im Jugendbereich mit stetig steigendem Anteil von Migranten – und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Arbeit der Gedenkstätten sprach er an.

„Alle Zugewanderten müssen wissen, dass die deutsche Geschichte zu besonderer Sensibilität gegenüber jeder Form von Antisemitismus verpflichtet, unabhängig von der jeweiligen Herkunft der im heutigen Deutschland lebenden Menschen." Ein europäisches Geschichtsbewusstsein habe sich bislang noch nicht herausgebildet, betonte der Referent. Es sei auch fraglich, ob dies wünschenswert sei.

Eine wichtige Aufgabe des historisch politischen Lernens auf lange Sicht bestehe vielmehr im Austausch der unterschiedlichen Geschichtsbilder, um den Aufbau einer gemeinsamen demokratischen Tradition zu unterstützen. Den Ersten Weltkrieg machte er als Urkatastrophe des „kurzen 20. Jahrhunderts" aus. Es gelte, Zusammenhänge herzustellen. Der Weg in Extremismus und Unfreiheit beginne nur allzu oft mit der Lethargie und Passivität der Mehrheit.

Vortrag von Dr. Guido Hintze (links), im Bild mit Matthias Wagner, Vorsitzender des Initiativkreises. Foto: Jakob Salzmann

INFO

Ausgabensperre

- Im nachfolgenden Gespräch ging Hitze auf Nachfrage auf die aktuell 25 Gedenkstätten in NRW und deren Finanzierung durch Kommunen und private Spender ein. Die Landeszentrale plädiere bei Erinnerungsarbeit ausdrücklich für den Vergleich von Diktaturen.

- Finanziell herrsche bei der Landeszentrale momentan Ausgabensperre. Eine Tür, an die er anklopfen möchte, nannte Matthias Wagner in der EU. „Brüssel fördert Gedenkstätten quer durch Europa", führte er aus. Er habe die Hoffnung, von dort grünes Licht für die Lüdenscheider Ge-Denk-Zellen zu bekommen. „Es ist schwierig, aber nicht unmöglich!"

„Gedenkstätten sind unverzichtbar"

Dr. Guido Hitze von der Landeszentrale für politische Bildung NRW referiert auf Einladung des Vereins Gedenkzellen. „Unabdingbare Partner der politischen Bildung"

Von Yasmin Alijah

LÜDENSCHEID ▪ „Gedenkstätten sind in der demokratischen Gesellschaft ein unverzichtbares Mittel, um die Bedeutung von Grundwerten und Menschenrechten zu zeigen". Dr. Guido Hitze von der Landeszentrale für politische Bildung NRW referierte auf Einladung von Matthias Wagner vom Verein Gedenkzellen über den Wert von Gedenkstätten „als unabdingbare Partner der politischen Bildung" und ging dabei auch auf das geplante Lüdenscheider Projekt ein.

Dr. Guido Hitze (l.) referierte auf Einladung von Matthias Wagner. ▪ *Foto: Alijah*

„Gedenkstätten helfen, die Lethargie und Passivität der Mehrheit zu überwinden, die oftmals den Ursprung von Extremismus und Unfreiheit bilden", legte Dr. Hitze vor zahlreichen Zuhörern im Gemeindezentrum der Erlöserkirche dar. So sei es besonders wichtig, dass Menschen aus der Mitte der Gesellschaft für Erinnerungsstätten kämpfen und sich engagieren. Dabei gehe es nicht nur darum, Opfer und Widerständler in diktatorischen Regimen zu ehren und zu rehabilitieren, sondern auch darum, am Beispiel von Lebensschicksalen dem Besucher die Möglichkeit zu bieten, das eigene Verhalten in Bezug auf Menschlichkeit, Zivilcourage und Toleranz zu reflektieren. Gedenkstätten seien jene unbequemen Mahner, die der Nachfolgegeneration vor dem Hintergrund sterbender Zeitzeugen eindrucksvoll zeigen könnten, dass die gegenwärtige Freiheit nicht selbstverständlich sei, sondern „immer wieder aufs Neue errungen und verteidigt werden muss". Und sie hülfen jungen Menschen aus Zuwandererfamilien, den Bogen zu schlagen zum eigenen kulturellen Hintergrund. Der arabischstämmige Jugendliche werde sich vor der Frage sehen, ob er angesichts des Nahostkonfliktes auf antisemitische Haltungen verzichten will, für türkische Migranten bleibe die Frage, wie sie selbst sich in der Armenier- und Kurdenfrage positionieren wollen. So besäßen Gedenkstätten eine Doppelfunktion, indem sie Unrechtssysteme charakterisierten und den Besucher anregten, über alternatives Handeln von Staaten und Individuen nachzudenken. „Alle Zugewanderten müssen wissen, dass die deutsche Geschichte zu besonderer Sensibilität gegenüber jeder Form von Antisemitismus verpflichtet, unabhängig von der jeweiligen Herkunft der im heutigen Deutschland lebenden Menschen", so der Referent.

Dr. Hitze ging auch auf die Finanzierbarkeit des Projektes ein und machte deutlich, dass die Landeszentrale Aufwendungen für die inhaltliche Konzeption in Höhe von 90 Prozent fördern könne. Er gab Anregungen zu weiteren Finanzierungsmöglichkeiten.

In der anschließenden regen Diskussion bedauerte der stellvertretende Bürgermeister Otto Bodenheimer, dass von den Kritikern der geplanten Lüdenscheider Gedenkstätte niemand den Weg zur Veranstaltung gefunden habe. NRW-weit gebe es 25 Erinnerungsstätten, die oftmals an authentischen Plätzen den für die Bürger so wichtigen lokalen Bezug zum Nationalsozialismus herstellten. Der offene Umgang mit der Vergangenheit Deutschlands gehöre inzwischen zum Grundkonsens aller tragenden Kräfte und Parteien in der Bundesrepublik.

Hitze schloss mit den Worten, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus immer als Mahnung bestehen bleiben müsse, damit jede Nachfolgegeneration die Möglichkeit habe, selbstkritisch eigenen Haltungen und Einstellungen zu überprüfen und sich in der demokratischen Gegenwart zu positionieren.